



Österreichischer Gewerkschaftsbund

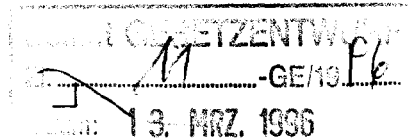
**GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST**

1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Telefon 53 454, Fax-Nr. 53 454/207

17/SN-11/ME

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament

1017 Wien

*Handwritten signature*

Unser Zeichen – bitte anführen

z. ZI. 4.306-2/96 - VA/Dr.G/Na

Ihr Zeichen

Wien,

14-3-96

7. März 1996

**Betr.: Dienstrechtliche Budgetbegleitgesetze;  
Entwurf;  
Stellungnahme**

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst übermittelt in der Anlage 25 Ausfertigungen der Stellungnahme, die sie zum gegenständlichen Entwurf, der mit Schreiben vom 23. Feber 1996, GZ 921.020/3-II/A/1/96, zur Begutachtung versandt worden ist, abgegeben hat.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

  
Vorsitzender25 Beilagen



Österreichischer Gewerkschaftsbund

**GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST**

1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Telefon 53 454, Fax-Nr. 53 454/207

An das  
Bundeskanzleramt  
Sektion II

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

Unser Zeichen – bitte anführen

z.Zl. 4.306-2/96 - VA/Dr.G/Na

Ihr Zeichen

Wien,

7. März 1996

Betr.: **Dienstrechtliche Budgetbegleitgesetze;  
Stellungnahme**

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst gibt zum mit Schreiben vom 23. Feber 1996, GZ 921.020/3-II/A/1/96, übermittelten Entwurf dienstrechtlicher Budgetbegleitgesetze nachstehende Stellungnahme ab:

## **A. Vorbemerkung**

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst hat das Verhandlungsergebnis, das sie am 16. Feber 1996 mit der Bundesregierung erzielt hat, am 23. Feber 1996 zur Kenntnis genommen. Die Gewerkschaft weist darauf hin, daß Bestandteil des Verhandlungsergebnisses ist, für Berufsgruppen im öffentlichen Dienst, die in Ausübung ihres Dienstes durch besondere Erschwernisse belastet sind, ehestens Verhandlungen zu führen sind, deren Ziel zu sein hat, einen angemessenen Belastungsausgleich zu bewirken.

## **B. Gesetzestext**

### **Zu Art. II Z 2 (GG 1956):**

- a.) Im § 8 (4) BLVG sollte die Formulierung der §§ 44 LDG/LLDG übernommen werden: **"Die Lehrpflichttermäßigung darf in den Fällen des Abs. 2 Z 1 nicht mehr als die Hälfte des Ausmaßes der Lehrverpflichtung betragen."**

- 2 -

Demzufolge wäre im § 13 Abs. 10a GG der Ausdruck "gemäß Z 2 oder 3" überflüssig.

- b.) Ist folgendes sichergestellt? Wenn jemand nach Teilzeitbeschäftigung (z.B.: nach § 8 Abs. 2 Z 1 Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz) in Pension geht, ob die Pensionsbemessung vom vollen Bezug erfolgt?  
Dies gilt auch für Tod während der Teilzeit. Dieselbe Frage stellt sich auch für die anderen Teilzeitmöglichkeiten von Pragmatisierten.

### Zu Art. II Z 26 (GG 1956):

Neben der Änderung des Prozentsatzes 6,8 auf 6,43 ist festzuhalten, daß im § 61 auf die Dienstverhinderung abgestellt wird. Jene Regelung, die bewirkt hat, daß bei Schulveranstaltungen ebenfalls die Mehrdienstleistungen eingestellt werden, muß im Gegenzug zurückgenommen werden. Dadurch würde die Benachteiligung von Lehrern, die an Schulveranstaltungen teilnehmen müssen, beseitigt werden.

Ausständig sind auch die Durchführungsbestimmungen. Darin müßte sichergestellt werden, daß die Mehrdienstleistungen nicht für jene Tage eingestellt werden, die zur Berechnung des Faktors 6,43 führten.  
z.B.: Derzeit würden jemandem, der am letzten Tag vor den Weihnachtsferien erkrankt und am ersten Tag nach den Ferien ebenfalls noch krank ist, die Mehrdienstleistungen für die gesamten Ferien abgezogen. (Obwohl die Ferien beim Prozentsatz herausgerechnet wurden!)

Daher ist es besonders wichtig, daß im Vorblatt auf der Seite 1 Punkt 8 neben den Semesterferien auch die Bezeichnung "**andere unterrichtsfreie Tage**" verankert wird. (Gemeint sind hier zum Beispiel die autonomen schulfreien Tage.)

Analog: Vorblatt Seite 3 Punkt 8

Analog: im besonderen Teil Seite 22 letzter Absatz

Der § 61 Abs. 9 müßte daher die Schulveranstaltungen und die Prüfungstätigkeit bei der Reifeprüfung als Ausnahme enthalten. Die Abs. 10 und 11 müssen ersatzlos gestrichen werden. Damit wäre die damalige Dreitagesregelung auf eine Eintagesregelung geändert. Die Schwierigkeiten, daß z.B. jemand ein volles Monat krank ist, aber laut Gesetz 8 Tage des Monats die Mehrdienstleistungen bezahlt bekommt, wäre dann ausgeschlossen.

Dadurch würde sich eine Einsparung ergeben, die die Mehrkosten der Schulveranstaltungen bei weitem aufheben würde.

### Zu Art. II Z 47 und 48 (GG 1956):

Die Gewerkschaft erhebt hinsichtlich der legislativen Vorgangsweise zur Veränderung des § 121 grundsätzliche Bedenken:

1. Die Gewerkschaft geht davon aus, daß die Reduktion des Mehrleistungsanteils keine "Gehaltskürzung" bei gleicher Leistung darstellt, sondern mit einer

Reduktion der zu erbringenden Mehrleistung Hand in Hand gehen muß. Zu diesem Zweck ist ein Auseinanderhalten des Funktions- und des Mehrleistungsanteiles notwendig. Mehrfacher Judikaturen des Verwaltungsgerichtshofes zufolge hat einer Neubemessung von Mehrleistungsanteilen ein Beobachtungszeitraum voranzugehen. Die Gewerkschaft befürchtet daher, daß in der gesetzlichen Festlegung im § 121 Abs. 4a GG ein Verfahrensmangel festgestellt werden kann, der zu Individualbeschwerden führen wird.

2. Die alleinige Unterteilung in "Biennien für den Funktionsanteil" und "Biennien für den Mehrleistungsanteil" reicht für eine genaue Neuberechnung nicht aus. Vielmehr ist festzulegen, welche Biennien für welche Sachverhalte herangezogen werden. Die Gewerkschaft schlägt vor, die "ersten Biennien" für den Mehrleistungsanteil heranzuziehen.
3. Eine Reduktion der entsprechenden Zulagen und Abgeltungen vor Veröffentlichung der Gesetzesmaterie erscheint unmöglich. Gleichfalls wird ein rückwirkendes Inkrafttreten zu Verfahren unter dem Titel "in gutem Glauben verbraucht" führen. Die Inkrafttretentermine sollten auf diese Problematik abgestimmt werden.

### **Zu Art. III (VBG 1948):**

Im Vertragsbedienstetengesetz fehlt die Umsetzung der Zusage, daß Teilzeit in Analogie zu § 8 Abs. 8 Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz auch für Vertragslehrer möglich wird. (Wichtig dabei ist die Sicherheit für einen Vertragslehrer, daß er nach der Teilzeit wieder Anrecht auf einen Vollvertrag hat.)

### **Zu Art. IV (PG 1965):**

- a.) In Z 1 vorletzter Satz ist eine Rundungsbestimmung enthalten, die sich zum Nachteil des Beamten auswirkt. Diese sollte entfallen, eventuell in Verbindung mit der Schaffung einer Norm, derzufolge Ruhestandsversetzungen ausschließlich mit Ablauf eines Monats zu verfügen sind.
- b.) Es wäre notwendig klarzustellen, daß bei Wirksamwerden des Abschlagsystems die Sozialversicherungsbeiträge nicht von der Ruhegenußbemessungsgrundlage, sondern lediglich vom gekürzten Teil zu entrichten sind.
- c.) In Z 2 (§ 5 Abs. 5 Z 2) wird auf "zugerechnete Zeiten" Bezug genommen. Die Gewerkschaft versteht darunter Zeiten gemäß § 9, keinesfalls jedoch Zeiten gemäß § 53.
- d.) Die Übergangsbestimmung des § 62c sollte lauten:  
**"Am 1. März 1996 anhängige Ruhestandsversetzungsverfahren, die nach § 14 BDG 1979 eingeleitet worden sind, sind nach den bisherigen Vorschriften zu Ende zu führen."**  
 Ziel dieser Regelung ist, in diesen Fällen das Abschlagsystem noch nicht wirken zu lassen.

## Zu Art. V (NGZG):

Eine Änderung des möglichen Höchstausmaßes der Nebengebührenerzulage war nicht Bestandteil der politischen Vereinbarungen!! Die Gewerkschaft bringt in Erinnerung, daß der Vorschlag, die Abschlagprozentpunkte auf die Ruhegehaltbemessungsgrundlage wirken zu lassen, alleiniger Wille der Dienstgebervertreter war. Eine zusätzliche Verschlechterung der Situation von Dienstnehmern mit hohen Überstundenpotentialen und damit umfangreicher Lebensarbeitszeit wird seitens der GÖD strikt zurückgewiesen. Der § 5 (4) NGZG soll in seiner ursprünglichen Form erhalten bleiben.

## Zu Art. IX (BLVG):

- a.) In Z 1 ist eine Neufassung des § 5 vorgesehen. Ein Abstellen auf den Begriff "Abendunterricht" war nicht Bestandteil der Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Dienstgeber. Vielmehr wurde auf die besonderen Belastungen bei der Unterrichtserteilung an Berufstätige verwiesen und die Dokumentierung im B-SchUG abgewartet. Selbst wenn es in den noch laufenden Verhandlungen hier zu einer Einigung kommt, wird die derzeitige Anbindung an eine Uhrzeit abgelehnt. Da auch in anderen Schularten nach 17.30 Uhr unterrichtet wird, sind Folgeforderungen unabwendbar.

Die Beratungen für das B-SchUG haben nur dahingehend eine Veränderung gebracht, daß die Abschlußprüfungen abgeschafft würden und nur bei negativer Beurteilung Kolloquien vorgesehen wären. Dies würde für die AHS eine zusätzliche finanzielle Einbuße bedeuten. Aus der Sicht der AHS müßten die Abschlußprüfungen erhalten bleiben.

Statt der Umrechnung 3 : 4 wäre eine Umrechnung 7 : 10 anzustreben. Dadurch würde sich für die Beschäftigungssituation eine günstigere Situation ergeben. Bei 7 : 10 könnte eine volle Lehrverpflichtung ohne große Überschreitung der Werteinheiten erfolgen. Daher würden auch weniger Lehrer freigesetzt.

Die höhere Wertigkeit der Unterrichtsstunden an Abendschulen darf nicht von der Zeit abhängig sein. In einem Verwaltungsgerichtshofurteil vom 18. März 1991 ist dies eindeutig festgelegt. Sichergestellt müßte sein, daß die höhere Wertigkeit auf der erforderlichen größeren Intensität der Vorbereitung und des Unterrichts resultiert.

- b.) In Z 4 wird § 8 Abs. 5 neu gefaßt. (Wortgleiche Änderungen finden sich in Art. X Z 4 und in Art. XI Z 4):

Eine Obergrenze für das Gesamtausmaß von Lehrpflichtermäßigungen aus gesundheitlichen Gründen war nicht Bestandteil der politischen Vereinbarungen!! Der Argumentation, daß dies eine Folgeerscheinung der Aufhebung der automatischen Ruhestandsversetzung sei, kann nicht Folge geleistet werden. Auch die Aufhebung der einjährigen Frist bei dauerndem Krankenstand, kann mehrjährige Krankenstände zur Folge haben. Das wurde

- 5 -

vom Dienstgeber bei der Aufhebung des § 14 (1) Z 2 BDG ohne Bedenken in Kauf genommen, da derartige Krankheitsfälle zu einer amtswegigen Überprüfung auf dauernde Dienstunfähigkeit führen. Da § 8 BLVG, § 44 LDG und § 44 LLDG im Fall der "gesundheitlichen Gründe" dem § 14 BDG nachgebildet waren, gilt dieselbe Argumentation. Es kann auch nicht im Sinn des Dienstgebers liegen, sich durch diese Limitierung eine Selbstbeschränkung im Verwaltungshandeln aufzuerlegen, Vollkrankenstände oder Frühpensionen zu provozieren und damit auf Mitarbeiter zu verzichten, die wenigstens teilweise einsetzbar sind.

Weiters stellt sich die Frage:

Was macht ein Lehrer, der alle Möglichkeiten der Teilzeit in früheren Jahren ausgeschöpft hat und jetzt nach 2 Jahren Teilzeit nach § 8 Abs. 2 Z 1 weiterhin nicht in der Lage ist, voll zu unterrichten?

Generell müßte für jemanden, der nach zweijähriger Inanspruchnahme des § 8 Abs. 2 Z 1 Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz die Möglichkeit einer weiteren Teilzeit nach § 8 (8) Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz möglich sein. Wichtig dabei wäre, daß für solche Krankheitsfälle keine pensionsrechtlichen Nachteile nach § 5 Abs. 3 und 4 entstehen.

Was das Ausmaß der Herabsetzung nach § 8 (2) Z 1 betrifft, so müßte für Bundeslehrer die Regelung aus dem LDG übernommen werden. (Möglichkeit der Herabsetzung auf ein Ausmaß zwischen 50 % und 100 %.)

### **Zu Art. XI (LLDG 1985):**

Die Änderung des lehrverpflichtungsrechtlichen Aufwertungsfaktors in § 5 B-LVG ist auch in das LLDG 1985 zu übernehmen.

### **Zu Art. XVII (BG über eine Einmalzahlung):**

In den persönlichen Geltungsbereich sind jedenfalls die Zeitsoldaten und Unterrichtspraktikanten aufzunehmen.

## **C. Erläuterungen**

Der Punkt 10 im Allgemeinen Teil - er betrifft die Entkoppelung von Letztbezug und Pensionsbemessung - entspricht in keiner Weise dem Verhandlungsergebnis.

Die Gewerkschaft macht neuerlich - wie bereits mündlich am 26.2.1996 gegenüber Herrn Staatssekretär Mag. SCHLÖGL deponiert - darauf aufmerksam, daß die Zustimmung des Zentralvorstandes der GÖD zum gesamten Konsolidierungsprogramm für die Jahre 1996 bis 1999 unter der Voraussetzung erteilt wurde, daß die unter Punkt 10 neuerlich dargestellte Absicht der Einführung

- 6 -

eines Durchrechnungszeitraumes im bestehenden Pensionsrecht nicht mehr aufgegriffen wird. Wir ersuchen, den Punkt 10 der Erläuterungen in der parlamentarischen Vorlage entsprechend zu verändern.

\* \* \* \* \*

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

  
Vorsitzender

Beilage:

Stellungnahme der BS Richter und  
Staatsanwälte vom 4. März 1996

Dr. Glan.  
z. K.

**VEREINIGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN RICHTER  
BUNDESSEKTION RICHTER UND STAATSANWÄLTE IN DER GÖD**

K-2291

An den  
Herrn Staatssekretär  
Mag. Karl Schlögl  
Bundeskanzleramt  
Ballhausplatz 2  
1010 Wien

Wien, am 04.03.1996

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

die Vereinigung der österreichischen Richter und die Bundessektion Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst haben mit Bestürzung den Gesetzesentwurf zur Umsetzung des Sparpakets zur Kenntnis nehmen müssen. Dieser Entwurf enthält völlig neue, in keiner Weise mit den Betroffenen verhandelte Belastungen, die auch jenseits jeder Ankündigung der Dienstgeberseite im Zuge der Verhandlungen liegen.

Die Änderung des § 44 GG und des § 68a RDG, die eine Kürzung der Dienstzulage zum Inhalt haben, stellt eine beträchtliche Gehaltskürzung dar, die sich bei den Kolleginnen und Kollegen massiv auswirkt. Selbst im Vorblatt des Gesetzesentwurfs ist nur von der Kürzung von Mehrdienstleistungen die Rede, was sichtlich zu einer Reduktion der dafür aufzuwendenden Mittel führen soll. Auch in der Öffentlichkeit war - auch von Ihrer Seite - nie davon die Rede, Gehaltskürzungen vorzunehmen, sondern immer nur davon, weniger Überstunden verrichten zu lassen, bzw. weniger Mehrdienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Genau das ist für Richter und Staatsanwälte aber nicht möglich. Nachdem die Arbeitsleistung der Richter und Staatsanwälte sich ausschließlich am Arbeitsanfall orientiert und die Kolleginnen und Kollegen persönlich für die Erledigung des Arbeitspensums die Verantwortung tragen, ist eine Senkung der Arbeitsleistung nicht möglich (und im übrigen der Bevölkerung auch nicht

Justizpalast, Museumstr.12, 1016 Wien  
Tel. 0222 / 52152 / 3644, Fax. 0222 / 52152 / 3643

%



zumutbar). Unter diesen Umständen sind die Richter und Staatsanwälte nicht bereit, eine Gehaltskürzung von S 543,- bis S 2.085,- einfach hinzunehmen, umso mehr, als diese Maßnahme vor dem Gesetzesentwurf in keiner Weise in diesem Ausmaß bekannt war. Die Kürzung ist auch besonders deswegen abzulehnen, weil sich ausgerechnet die Richter einer Messung ihrer Arbeitsbelastung durch ein unabhängiges Schweizer Beratungsinstitut unterzogen haben, das eine beträchtlich über der zumutbaren Norm liegenden Arbeitsbelastung festgestellt hat, die schon jetzt durch die Dienstzulage nicht abgegolten ist.

Aus diesen Gründen ersuchen die Vereinigung der österreichischen Richter und die Bundessektion Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst DRINGEND um sofortige Aufnahme von Gesprächen zur Klärung dieser für die Kollegenschaft unerträglichen Situation.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Josef Klingler  
Präsident

Dr. Barbara Helige  
Vorsitzende